

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2015 10.743,01 Punkte
30.06.2016 9.680,09 Punkte (-9,89%)

Dem DAX gelang es im vergangenen Quartal nicht, die 10.000er Marke nachhaltig zurückzuerobern. Am „Schwarzen Freitag“, dem Tag der Bekanntgabe des Brexit-Votums, verlor der DAX zeitweise über 11%. Großbritannien (GB) ist unser drittgrößter Handelspartner nach USA und Frankreich. 7,5% der deutschen Exporte gehen auf die Insel. Durch den Brexit wird es zu einer Verlagerung von EU-Behörden (Beispiel: EU- Bankenaufsicht) und Hauptverwaltungen internationaler Unternehmen (Vodafone) und weiteren Einrichtungen (Pharmazulassungsbehörde) auf dem Kontinent kommen. Frankfurt, Bonn, Düsseldorf (früher Mannesmann, wurde von Vodafone in den 90er übernommen) und Berlin dürfen sich berechnete Hoffnungen auf eine Einwanderungswelle aus London machen. Das wirtschaftliche und politische Gewicht Deutschlands in der EU dürfte damit deutlich stärker werden. Ob dies die Zustimmung der europäischen Nachbarn findet und ob Deutschland dieser Rolle gerecht werden kann, bleibt offen. Auch die Zukunft unseres Landes dürfte stark mit der Zukunft Europas verbunden sein. Weitere Rückschritte im europäischen Einigungsprozess, zu dem sich GB seit der Aufnahme in die EU 1973 nie richtig bekannt hatte, könnten zu einer gefährlichen politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung Europas führen, der sich auch Deutschland nicht entziehen könnte.



Wenige Tage vor der Brexit Entscheidung hatten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute (IFO München, IfW Kiel, IWH Halle)

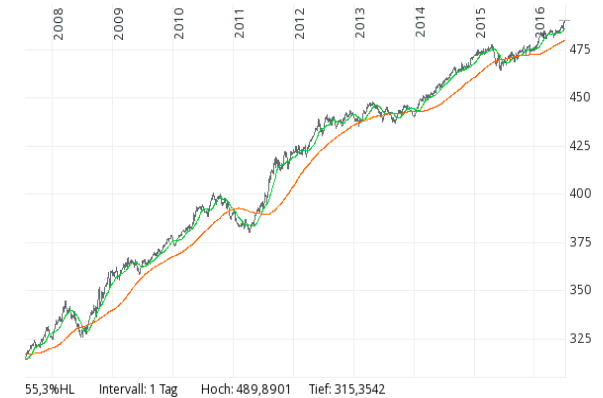
die Wachstumserwartungen für Deutschland im laufenden Jahr noch leicht nach oben revidiert. Dazu leisteten die über den Erwartung liegenden Exporte, die robuste Entwicklung in der Bauwirtschaft (plus 34% Baugenehmigungen), steigende Löhne und Renten bei einem Rekordbeschäftigungsstand ihren Beitrag. Auch in diesem Jahr liegen die Steuereinnahmen mit 7,1% (per März) über den Schätzungen. Die Verschuldung in Relation zum Brutto-Inlandsprodukt (BIP) wird in 2016 voraussichtlich wieder unter die 70% Marke sinken. Auslaufende Staatsanleihen, mit denen sich die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren finanzierte, werden mit negativer Verzinsung neu aufgelegt. Das Zahlen von Zinsen von Gläubigern an Schuldern ist absurde Realität geworden. Es ist zu befürchten, dass die angehobenen Wachstumserwartungen angesichts der Brexit-Unsicherheiten enttäuscht werden könnten.

Die Summe der Gewinne der im DAX enthaltenen 30 Unternehmen wird aller Voraussicht nach in 2016 etwas niedriger ausfallen. Die Gewinnrendite beträgt auf der ermäßigten Kursbasis 8,42% (nach Abzug von Steuern und Kosten). Davon werden im Schnitt 3,3% an Dividenden an Aktionäre ausgezahlt. Trotz negativer Zinsen kommt für 71% der befragten Bürger eine Anlage in Aktien nicht in Frage. Nur 7% der Deutschen besitzen Aktien. Das deutsche Aktieninstitut hat jüngst ausgerechnet, dass bei einer angenommenen Sparleistung von 50,- Euro pro Monat und Arbeitnehmer (Beginn 1992) 100% aller DAX-Aktien in deutschen Händen lägen. Deutsche Unternehmen sind von ausländischen Investoren weiterhin heiß begehrt. Das Übernahmevermögen erreichte in 2015 mit plus 57% neue Rekorde. Die Käufer kommen überwiegend aus dem Ausland, insbesondere aus China. Aber auch deutsche Unternehmen wagen große Akquisitionen wie der Übernahmeversuch von Bayer für das umstrittene Gentech- und Pflanzenschutz Unternehmen Monsanto aus den USA. Das Übernahmeangebot beläuft sich auf 62 Mrd. USD. Mit seiner guten Bonität soll die Übernahme überwiegend durch die Ausgabe von neuen, fast zinslosen Anleihen finanziert werden. Damit sind Chancen, aber auch Risiken verbunden, die in einem Rückgang des Bayer-Aktienkurses um 1/3 aus Sicht der letzten 12 Monate zum Ausdruck kommen.

Fortgesetzt negative Schlagzeilen kommen aus den Unternehmen VW und Deutsche Bank. Wegen der Manipulation von Motoren bildet VW eine Rückstellung von 16 Mrd. Euro, von denen nach der Einigung mit den US-Behörden 13,7 Mrd. schon in Anspruch genommen wurden. Mit diesem Betrag hätte zweimal der Gotthard-Tunnel gebaut werden können. Ein weiterer skandalöser Vorgang ist die Entlastung des VW-Vorstandes und Aufsichtsrates durch die Hauptversammlung und die Genehmigung von Bonuszahlungen plus Aktienoptionen. Die Deutsche Bank im Speziellen und die Bankenbranche im Allgemeinen bleiben die Achillesferse der europäischen Wirtschaft. Neue, staatliche Finanzspritzen können nicht ausgeschlossen werden. Es erstaunt sehr, dass die Vergütungsregelungen zur Beschränkung der Bonuszahlungen durch die EZB offensichtlich nicht greifen: EU weit verdienen 3.865 Banker mehr als 1 Mio. Euro. Dies ist ein Anstieg um 22%. Hoffnungen auf eine (Selbst-) Regulierung des Bankensektors können begraben werden. Es liegt an der europäischen Bankenaufsicht, härter durchzugreifen.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2015 474,24 Punkte
30.06.2016 489,26 Punkte (+3,17%)



Die Zinswelt steht Kopf. Die unvorstellbare Summe von 9.300 Mrd. USD an Anleihen haben negative Zinsen. Die Gläubiger zahlen Schuldern Zinsen für die Überlassung von Kapital. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 reduzierte sich die Anzahl der als sicher geltenden Schuldern stetig. Insbesondere die Anlagen auf Konten bei Banken werden im Insolvenzfall als nicht mehr sicher angesehen. Etwaige Börsenverluste oder Kreditausfälle im Zuge der Brexit-Krise können Banken empfindlich treffen. Anleger parken deswegen lieber ihr Geld gegen eine Gebühr in als sicher geltenden Parkhäusern wie in der Schweiz oder Deutschland. Die Notenbanken im Allgemeinen, wie die Europäische Zentralbank (EZB) gelten wegen der Möglichkeit der Geldschöpfung als ausfallsicher. Nicht zu Unrecht haben die Notenbanken dieser Welt einen „göttlichen“ Status, der in der Formulierung vom „Lender of last Resort“, also dem „Garanten des letzten Risikos“ zum Ausdruck kommt. Durch die Einführung negativer Zinsen auf Einlagen bei der EZB, versucht diese das Geld wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzubringen. Dies ist ihr bisher nur unzureichend gelungen. Die Einführung von negativen Zinsen bleibt ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Der Weg in die Hölle ist bekanntlich leichter, als der wieder hinaus zu finden. Negative Zinsen fördern die Bargeldhaltung und die Anlage in Gold, sodass Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird. Dies ist das Gegenteil von dem, was die EZB erreichen möchte. Darüber hinaus verführen niedrige Zinsen die Anleger zu riskanten Investitionen. Die Preise für Immobilien in guten Lagen steigen weitaus schneller, als die zu erzielenden Mietträge.

Bruttomieten von unter 2,5% führen unter Berücksichtigung von Tilgung, Zinsen, Steuern, Abschreibung und Rücklagenbildung zu Kapitalverzehr.

Die Profiteure von negativen und niedrigen Zinsen sind Staaten wie Deutschland, aber auch EU-Länder wie Spanien und Italien, die erhebliche Zinsentlastungen realisieren können. In Relation zum BIP sind die Einsparungen der EU Länder wie Spanien und Italien, die ebenfalls in den Genuss der niedrigen Zinsen kommen, noch höher als in Deutschland.

Bei der Suche nach einem verzinslichen Risiko sind Anleger kürzlich auf Russland wieder aufmerksam geworden, dem es trotz der Wirtschaftssanktionen gelungen ist, USD-Anleihen mit einem Zinssatz von 4,75% bei europäischen, amerikanischen und asiatischen Investoren zu platzieren. Grundsätzlich ist dies ein Zeichen von einer politischen aber auch wirtschaftlichen Entspannung, was zu begrüßen ist.

US Staatsanleihen sind auch auf einen Zins von 1,46% für zehnjährige Anleihen gefallen, was sich nahe am Rekordtief von 2012 bewegt. Mit dem bisherigen Verzicht auf negative Zinsen scheint die amerikanische Notenbank (Fed) weitaus besser zu fahren. Der mit Abstand größte Schuldner der Welt sichert sich damit einen stetigen Kapitalzufluss, auf den die USA dringend angewiesen sind.

Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2015 **3.267,52 Punkte**
30.06.2016 **2.864,74 Punkte (-12,33%)**

Der 24. Juni 2016 wird in die Geschichtsbücher eingehen. Die Briten entscheiden sich mit knapper Mehrheit für den Brexit. Man kann den Mann und die Frau von der Straße und die Landbevölkerung verstehen. Stagnierende Löhne und steigende Mieten sind seit vielen Jahren Realität im Königreich. Wie die „Panama Papers“ gezeigt haben, ist London seit Jahrzehnten im so genannten „Off-Shore-Geschäft“ stark gewachsen. Das Ausmaß dieser teilweise legalen Geschäftspraktiken ist erschreckend. Die Londoner Banken- und Rechtsanwaltswelt muss sich fragen, ob sie mit ihrem lukrativen Geschäftsmodell eine zahlungskräftige, aber dennoch falsche Klientel aus Steuerflüchtlings, Kriminellen, Despoten und Oligarchen bedient. Auch die Familie von Premier Cameron, der jahrelang auf die EU schimpfte und nun an der Spitze der EU-Befürworter stand, befand sich auf der langen Namensliste der Panama Papers. Ein vermutlich millionenschwerer Offshore-Trust-Fund, aus welchen Anlagen solche Fonds bestehen bleibt verdeckt, wechselte dabei für 30.000 Pfund vor einigen Jahren familienintern den Besitzer. Die Glaubwürdigkeit Camerons ist jedenfalls auf ein Minimum geschrumpft. Auch muss man der britischen Regierung vorwerfen, dass sie viel Lobbyarbeit für die Finanzindustrie in Brüssel geleistet hat, damit die dringenden erforderlichen Regulierungsversuche im Großen und Ganzen gescheitert sind. Das Unternehmen wie Facebook in GB 2014 nur 5.700 Pfund Steuern zahlte oder Google in den letzten 10 Jahren 2,57% Steuern auf ihre Milliarden Gewinne zahlte, kann man

Menschen aus der Mitte der Gesellschaft nicht erklären. Die Schicksalswahl nahm dann ihren Lauf. Der Brexit ist sehr gefährlich, zunächst für die Briten selbst. Eine Rezession dort, könnte weite Kreise ziehen. Die Briten haben selbst in guten Zeiten ein chronisches Leistungsbilanzdefizit von 7%, dass es zu stopfen gilt. Der überhitzte Immobilienmarkt und der überdimensionierte Bankensektor sind Achillesfersen für die britische Wirtschaft. Wer leiht den Briten noch Geld, wenn das Pfund schwach wird? Werden wieder Banken ins Wanken geraten? Kommt es zur Neuauflage der Finanzkrise?



In der Spitze verloren europäische Aktien in einem als „Schwarzen Freitag“ bezeichneten Handelstag 12% an Wert. Das britische Pfund stürzte ab. Sichere Häfen wie Gold, USD und Staatsanleihen aus USA, Deutschland, Japan und der Schweiz wurden angesteuert und legten kräftig zu. Aus Sicht eines deutschen Anlegers, der breit gestreut das Kapital global investiert, konnte damit das Risiko etwas eingegrenzt werden. Trotz des völlig überraschenden Ausgangs des Referendums und der damit faktisch geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit, die GB, Europa und die Welt vermutlich noch lange in Atem halten wird, hat sich die Situation an den Kapitalmärkten wieder beruhigt. Die Wogen haben sich geglättet.

Mit den Brexit Befürwortern in GB feierten weltweit Rechtspopulisten (Geert Wilders, Marie Le Pen, Frauke Petry, Donald Trump) und Euro-Skeptiker den Tag als „Independence Day“. Selbst der IS ließ es sich nicht nehmen, im Internet die Parole „Gott ist groß, Europa ist zerstört“ zu verbreiten. Wirtschaftlich und politisch hat sich Great Britain in eine tiefe Krise gestürzt. Regierung (Tories) und Opposition (Labor) sind dabei, sich selbst zu demontieren. Die europafreundlichen Schotten und Nordiren wollen sich nun von England lösen. Die 90-jährige Queen und das Königshaus dürften nicht „amused“ über das selbst in Szene gesetzte Drama der Briten sein, dass selbst Shakespeare, der vor 400 Jahren starb, nicht besser hätte auf die Bühne bringen können. Es bleiben Fragen über Fragen. Wie bindend ist die knappe Entscheidung für das Parlament, in dem überwiegend EU-Befürworter sitzen, das letztendlich über den Austritt aus der EU abzustimmen hat? Besitzt Schottland ein Veto-Recht? Heißt es

nicht, dass bei einem Referendum bei weniger als 75% Wahlbeteiligung und weniger als 60% Mehrheit, ein zweites Durchzuführen ist? Aus meiner Sicht ist der letzte Akt dieses Dramas noch nicht gespielt. Zu allem Unglück ließen sich die Engländer bei der EM vom Fußball-Zwerg Island demütigen, die damit den Engländern und der staunenden Fußball-Welt demonstrierten, wozu ein gut funktionierendes Kollektiv in der Lage ist. Hieran könnte sich auch Europa ein Beispiel nehmen, das nun besonders gefordert sein wird. Ist es wirklich der „Anfang vom Ende“, den viele EU-Kritiker heraufbeschwören oder erfolgt nun ein trotziges „jetzt erst recht“, das sich nicht mit politischen Lippenbekenntnissen begnügt? Wie bewertet die europäische Bevölkerung, was gerade in GB passiert? Ist Kommissionspräsident Juncker noch der richtige Mann an der Spitze? Warum werden in Luxemburg sogenannte „Whistleblower“ (Kronzeugen) auf Bewährung verurteilt, die illegale Finanz- und Steuerpraktiken in Wirtschaftsprüfungsunternehmen aufdecken? In Spanien haben die Wähler am vergangenen Sonntag eher besonnen reagiert, und haben europakritischen Parteien Stimmrückgänge beschert. Der holländische Rechtspopulist Geert Wilders brachte eine Abstimmung über einen „Nexit“ ins Parlament, die aber mit großer Mehrheit abgeschmettert wurde. Hat die Vernunft nun eine Chance zurückzukehren? Gehen tief greifende Veränderungen tatsächlich nur unter Druck und Stress über die Bühne? Die Zukunft wird es zeigen. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass die Türkei nun völlig überraschend auf eine Entspannung im Verhältnis zu Russland und Israel setzt. Die Motive hierfür erscheinen noch nicht ganz klar zu sein. Wie wird sich nun das Verhältnis von Russland zur EU entwickeln, nachdem die Briten in der EU nicht mehr mitreden? Die Position von Putin dürfte sich damit wieder verbessert haben. Was sagen die Weltmacht USA und die Nato dazu?

Euro versus USD

31.12.2015 **1,0858 USD**
30.06.2016 **1,1105 USD (+2,27%)**

Auch an den Devisenmärkten führte der Brexit zu starken Schwankungen. Das Pfund büßte gegenüber dem USD am Tag des Brexit über 11% ein. Dies ist für Briten ein herber Verlust, der ihre Kaufkraft deutlich schmälert. Selbst wenn die Briten eigenes Öl fördern (von denen die Schotten behaupten, es ist eigentlich ihres), wird Öl weltweit in USD gehandelt, sodass das Tanken über Nacht sich um 11% verteuerte. Da GB über 7% seiner BIP-Leistung aus dem Ausland bezieht (Leistungsbilanzdefizit) wird das Leben auf der Insel deutlich teurer. Es wird mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in allen Bereichen gerechnet. Das Leben für die Briten wird deutlich teurer und damit ärmer werden. Dies ist die eigentliche Tragik der Briten, die sich mit der Hoffnung einer

Besserung ihrer als bereits prekär empfundenen Lage gegen das Establishment gewendet haben. Man kann nur hoffen, dass es nicht so schlimm kommt, wie es kommen könnte. Der Euro gewann am Tag des Brexit 9% an Wert. Auch in Relation zum USD hat der Euro nicht viel an Boden verloren. Er genießt also weiterhin Vertrauen, welches durchaus im Vergleich zu USA auf soliden Füßen (Handelsbilanzüberschüsse, geringere Verschuldung) steht. An den Devisenmärkten spielen die Zinsdifferenzen eine große Rolle und hier liegt ein klarer Vorteil auf Seiten der Amerikaner. 10-jährige Bonds verzinsen sich dort immerhin knapp 1,50%. Negative Zinsen gibt es dort in keinem Laufzeitenbereich.



Vermutlich wird der Brexit die Zinsentscheidung der Fed beeinflussen, die mit ihren Zinserhöhungsabsichten schon deutlich in Verzug geraten ist. Sie konnte sich zu keiner einzigen der angekündigten Zinserhöhungen durchringen. Mittlerweile fragt die FAZ (30.06.) in einer Überschrift „Wann senkt die Fed den Leitzins?“. Dies wäre durchaus nach dem Geschmack des US-Aktienmarktes, der bereits seit Monaten durch eine relative Stärke zu anderen Aktienindizes auffällt.

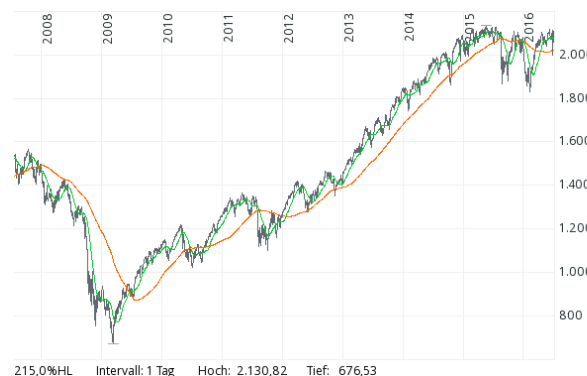
Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2015 2.043,94 Punkte
30.06.2016 2.098,86 Punkte (+ 2,69%)

Die Konjunktur in USA läuft alles andere rund. Die Steuereinnahmen sanken zum Vorjahr um 7%. Insbesondere Banken und die Öl- und Gasindustrie sind für den Rückgang verantwortlich. Da sich die Energiepreise wieder deutlich stabilisiert haben, dürfte sich im Allgemeinen die Ertragslage in diesen Sektoren wieder verbessern. Doch insgesamt vermittelt die US Wirtschaft ein eher schwaches Bild. Die Summe der Exporte und der Importe ist auf das Niveau des Jahres 2011 zurückgefallen. Der Markt-Index, der als wirtschaftlicher Frühindikator gilt, ist auf

das Niveau von 2009 zurückgefallen. US-Aktien haben sich relativ gut gehalten und notieren trotz der wirtschaftlichen Schwäche nur knapp unterhalb ihres All-Time-Highs, welches im April 2015 verzeichnet wurde. US-Aktien gelten als überbewertet. US Investoren sind im heimischen Aktienmarkt tendenziell untergewichtet. Im Falle einer Stimmungsumkehr könnte der Sprung über die Höchstkurse durchaus gelingen. US-Kleinspekulanten sind seit 2006 skeptisch. Damit lagen sie in der Finanzkrise 2008/2009 zwar richtig, aber den Aufschwung haben sie damit verpasst und sie laufen weiterhin den steigenden Kursen hinterher.

Der Präsidentschaftswahl ist das allbeherrschende Thema. Es wirft kein gutes Licht auf das Land. Auch die Amerikaner haben Anlass so unzufrieden zu sein, wie die Briten. Der gezahlte Durchschnittslohn in der US Industrie beläuft sich auf 37.000 USD. Inflationsbereinigt bedeutet dies eine jahrzehntelange Stagnation. Lagen die Managergehälter in den Achtzigern beim 40-fachen des Durchschnittslohnes sind sie nun beim 335-fachen angekommen. Die sich daraus ergebende Unzufriedenheit, die Wähler in die Hände des Demagogen Donald Trump treibt, ist erklärbar. Hillary Clinton steht für jene Amerikaner, die auf der Sonnenseite stehen. In 2014 erhielt sie für einen Vortrag bei der Deutschen Bank in New York 260.000 USD an Gage. Dies sorgte für Stirnrunzeln und Neid, dies- und jenseits des Atlantiks. Die als Mittelschicht in USA definierte Einkommensgruppe von Haushalten, die pro Jahr zwischen 45.000 und 125.000 verdienen, ist erstmals seit 1971 wieder unter die 50% Marke gerutscht. Im Wahlkampf wirbt Clinton nun um die Wähler ihres Parteikonkurrenten Sanders, mit der Forderung nach der Einführung der so genannten „Buffett-Steuer“, die als Mindestbesteuerung für Einkommensmillionäre 30% vorsieht. Warren Buffett hatte damals öffentlich gemacht, dass sein persönlicher Steuersatz niedriger sei, als der seiner Sekretärin.



Amerika ist ein verrücktes Land. Es sitzen 5 x so viele Menschen in Gefängnissen als in anderen entwickelten Ländern. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 270 Mrd. USD, mehr als das Land für Bildung ausgibt. In USA leben 319 Mio. Einwohner mit 310 Mio. Schusswaffen. 33.599 Menschen verloren im Jahr 2014 ihr Leben

aufgrund des Gebrauchs von Schusswaffen. In den Zahlen sind 586 Unfälle enthalten, bei denen oft Kinder die Opfer sind. Im Repräsentantenhaus wurde nun zum wiederholten Mal durch die republikanische Mehrheit eine Diskussion um das Waffenrecht verhindert. Mit einem Sitzstreik konnten nun demokratische Abgeordnete auf sich aufmerksam machen.

In USA leben nur 1% Muslime. Das Trauma vom 11.09.2001 wirkt aber noch nach. Anders als in Europa gab es in USA seitdem nur relativ wenige Anschläge. Dennoch fordert Trump ein Einreisestopp für Muslime. In Mississippi können nun im Rahmen einer „Religious freedom bill“ Homosexuelle öffentlich diskriminiert werden. In der Zwischenzeit merkt hoffentlich mancher Wähler, dass damit die Verfassungsgrundsätze der USA gefährdet sind. Bis zur Wahl im November wird es spannend bleiben.

Insbesondere im Technologiebereich bauen die US-Unternehmen ihre führende globale Rolle aus. In USA macht die IT-Industrie 12% der Wirtschaftsleistung aus. In Europa sind es nur 3%. Mit dem Tesla 3 wird wohl erstmals im Jahr 2017 ein massentaugliches E-Auto zum Preis von ca. 30.000 Euro auch auf den europäischen Markt kommen. Firmen wie General Electric treiben die Digitalisierung voran. Aus Industrieunternehmen werden Software-Unternehmen. Von Donald Trump ist zu hören, dass Apple „ihre verdammten Computer“ künftig in den USA bauen solle.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2015 19.033,71 Punkte
30.06.2016 15.575,92 Punkte (- 18,17%)

Im Land der aufgehenden Sonne sieht es seit Jahrzehnten düster aus. Das altersschwache Land schrumpft trotz Vollbeschäftigung. Mit Konjunkturprogrammen versucht die Regierung die Konjunktur zu stabilisieren, und in Schwung zu bringen. Außer einer Rekordverschuldung, die bei über 200% des BIP liegt, ist dabei nichts herausgekommen. Auch in diesem Jahr wird ein Defizit von 5,7% erwartet. Die Schulden werden durch eine Null- und nun auch Negativzinspolitik der japanischen Notenbank (BOJ) alimentiert. Die Ersparnisbildung der Japaner deckt sich in etwa mit der öffentlichen Verschuldung. Aus diesem Grund gilt der japanische Yen als relativ sichere Fluchtwährung. Dies führt zu einem Anstieg des Yen-Kurses, der wiederum die Exportindustrie des Landes stark benachteiligt. In unsicheren Zeiten stehen die im japanischen Nikkei-Index enthaltenen Aktiengesellschaften durch die Aufwertung des Yen und durch die Aussicht auf schlechtere Geschäfte unter doppeltem Druck. Dies kann auch in diesem Jahr beobachtet werden. Auch in Japan gibt es einen Abgasskandal. Mitsubishi wurde überführt, 25 Jahre lang falsche Abgaswerte verwendet zu haben. Die Aktien verloren binnen Stunden 40%.

In Bezug auf die Zinspolitik der BOJ und der EZB, die beide in 2016 negative Zinsen eingeführt haben, ergeben sich die gleichen, schwerwiegenden Probleme in Bezug auf die Banken, die im Durchschnitt in beiden Regionen um jeweils 1/3 nachgegeben haben. Die Schwächung des Bankensektors ist kontraproduktiv und extrem gefährlich und sollte die Notenbanken zur Abkehr ihrer Zinspolitik mahnen.



Aktien Schwellenländer

31.12.2015 92.280,67 Punkte
30.06.2016 95.630,76 Punkte (+ 3,63%)

In den Schwellenländer konnte im vergangenen Quartal im Schnitt eine stabile Wertentwicklung verzeichnet werden. Die konservativ-liberalen Regierungen in Argentinien, Brasilien und Peru bekamen von den Finanzmärkten Vorschusslorbeeren verteilt. Schwellenländer litten im vergangenen Jahr unter der Erwartung, dass die Zinsen in USA angehoben werden. Mit der langsamen Verflüchtigung dieser Erwartung, waren Anleger bereit, wieder mehr zu investieren. Der Verfall der Rohstoffpreise scheint gestoppt, sodass auch von dieser Seite eine Entspannung eingetreten ist. Die Entwicklung verläuft jedoch differenziert. Die Entwicklung des Welthandels enttäuscht, der in 2016 vermutlich nur um 2,8% zunehmen wird. In Venezuela leiden die Menschen unter Versorgungsengpässen. Die sozialistische Regierung ist mit der Situation völlig überfordert. Indien fiel in der Investorengunst zurück. Mittlerweile ist man vom Kurs des Präsidenten Modi nicht mehr überzeugt. National gesinnte Kräfte haben in der Regierungspartei die Mehrheit übernommen, was den stabilitätsorientierten Notenbank-Chef Rajtan zum Rückzug bewegt hat. Die Nähe zu GB führte in Hongkong zu stärkeren Kursverlusten.



Obwohl China mittlerweile für 16% des globalen BIP steht, verweigert der US Index Anbieter MSCI dem Land die Aufnahme in den Schwellenländer Index. Das Land erfülle immer noch keine internationalen Standards, heißt die Begründung. Die Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO), die 2001 begonnen hatten, sind ins Stocken geraten. Der für 2016 in Aussicht gestellte Status als „anerkannte Marktwirtschaft“, die mit Handelsvorteilen verbunden ist, wird China, insbesondere auf Betreiben der USA, verweigert. Beim Besuch von Kanzlerin Merkel in China versprach diese, sich für den positiven Abschluss des Verfahrens einzusetzen. 71% der Chinesen sehen sich als Weltbürger, obwohl die Partei immer wieder die Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet beschränkt. Der Begriff „Panama Papers“ landete direkt auf der roten Liste. Das Wachstum in China lag mit zuletzt 6,7% etwas über den Erwartungen der Investoren.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2015 1.061,40 USD je Feinunze Gold
30.06.2016 1.322,28 USD je Feinunze (+ 24,58%)

Gold und Öl waren die unangefochtenen Gewinner der letzten Monate. Mit dem Brexit machte Gold nochmals einen starken Sprung nach oben. Zusätzlich stieg der USD, sodass europäische Goldanleger doppelt profitieren. Damit scheint die langjährige Durststrecke für Goldanleger beendet zu sein. Angesichts von negativen Zinsen ist die Anlage in Gold unter Umständen günstiger als das Zahlen von Geldverwahrungsgebühren, wenn man in Anleihen investiert. Die Schwellenländer möchten ihre Abhängigkeit vom USD reduzieren, in dem sie überwiegend ihre Währungsreserven parken. Der US-Nobelpreisträger Kenneth Rogoff empfiehlt den Schwellenländern den strategischen Aufbau von Goldreserven zur Risikostreuung. Russland hält bisher mit 15% der Devisenreserven den höchsten Goldbestand. China mit 2% und Indien mit 5% haben noch Nachholbedarf. Die Ampeln für den Goldpreis stehen damit wieder auf grün. Die Entwicklung des Ölpreises verlief in 2016 geradezu atemberaubend. Nach einem Einbruch zum Jahresbeginn um 1/3

erholte sich der Ölpreis seit Februar um 75%. „Die Wende kam schneller als erwartet“, hieß es unter Analysten, was auf eine „dramatische Schrumpfung des Überangebotes“ zurückgeführt wurde. Jedenfalls haben sich die Lagerbestände wieder deutlich reduziert und die Nachfrage ist durchaus leicht anziehend, was auf eine stabile gesamtwirtschaftliche Lage hindeutet.



Redaktion:

Michael Scheidgen
 private finance e.K.
 Stefan Andres Straße 23
 56567 Neuwied
 Telefon: 02631/953960

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr geleistet werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur nach einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 30.06.2016